



Ausgabe 4. Dezember 2018

## Arbeit im Landtag

### Haushaltsberatungen 2019 – 2. Lesung

Der geplante Haushalt bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Angesichts einer erwarteten Steigerung der Steuereinnahmen von 1,8 Milliarden Euro, ist der geringe Überschuss nicht besonders ambitioniert. Die vorhandenen Steuereinnahmen bieten ausreichende Spielräume für einen höheren Schuldenabbau, ohne die drängenden Probleme zu vernachlässigen.

Leidtragende des geplanten Haushalts 2019 sind insbesondere die Kommunen der Emscher-Lippe-Region, die mit ihren Problemen allein gelassen werden. Allein Gelsenkirchen entgehen durch die Haushaltspolitik der Mitte-Rechts-Koalition im Jahr 2019 15,2 Mio. Euro, weil Soziallasten, die Kommunen schultern müssen, nicht die gleiche Bedeutung beigemessen werden, wie unter Rot-Grün bis 2017.

Was wir in NRW brauchen, sind Investitionen in Wohnungsbau, Förderung von Azubi- & Sozialtickets, gleiche Besoldung für alle Lehrkräfte und vieles mehr. Nur so können wir für mehr Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse unserer Bürgerinnen und Bürger sorgen.

Die SPD-Fraktion hat somit gefordert, dass zusätzlich 27,5 Millionen Euro für soziale Zwecke statt für mehr Ministerialbürokratie verwendet werden. Auch nach der Ablehnung unserer Vorschläge durch CDU und FDP bleiben wir dabei: Mehr Geld für AWO, Caritas, Diakonie und andere Sozialverbände ist wichtiger, als mehr Stellen in den Ministerien, wie CDU und FDP sie planen. Dies gilt auch für 10 Millionen Euro zusätzlich für ein landesweites Azubi-Ticket, das notwendig ist, damit Auszubildende mobiler werden können und zu bezahlbaren Preisen zu ihren Betrieben kommen.

Wir als SPD-Fraktion haben daher entsprechende Änderungsanträge gestellt. Diese wurden aber von Schwarz-Gelb abgelehnt.

Die Landesregierung agiert ohne Zukunftsorientierung. Die Entscheidung, ein Ausbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher in Höhe von 29 Millionen Euro abzulehnen, schadet unseren Kitas. Wir brauchen dringend mehr Personal, um die Qualität der Kitas zu verbessern.

Obwohl Schwarz-Gelb im Wahlkampf eine vollständige Weiterleitung der Integrationspauschale an die Kommunen versprach, setzten die Landesregierung dies weder in 2017 noch in 2018 um. Dass die Mitte-Rechts-Koalition dies nun während der Haushaltsberatungen 2019 nachholt, ist für die Kommunen ein schwacher Trost. Denn zur Gegenfinanzierung werden den Kommunen an anderer Stelle Landesmittel zur Unterbringung von Geflüchteten vorenthalten.

Insgesamt wird deutlich: Der Landeshaushalt der Mitte-Rechts-Koalition ist ungerecht, unsozial und unsolid!

---

## Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zum Tod von Amad A.

Der Fall ist tragisch: Ein Mensch, der sich in der Obhut staatlicher Institutionen befand, ist gestorben. Verbrannt in einem Haftraum der JVA Kleve, in der Amad A. zu Unrecht inhaftiert gewesen ist. Nach wie vor ist unklar, wie und warum er gestorben ist.

Dieses „Wie“ und „Warum“ sind äußerst quälend, insbesondere natürlich für die Familie von Amad A. Denn dieses „Wie“ und „Warum“ - das haben die bisherigen Berichte der Landesregierung und die Diskussionen in den Ausschüssen gezeigt - können bis jetzt nicht beantwortet werden.

Sie zu beantworten, wird Aufgabe des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses sein, den wir zusammen mit den Grünen in diesem Plenum beantragen.

Den Einsetzungsbeschluss dazu findet man [hier](#).

## Was macht eigentlich Friedrich Merz?



Klar, Friedrich Merz möchte Bundesvorsitzender der CDU werden. So viel wissen wir. Er ist in seinem Vorhaben auch kaum zu übersehen, geschweige denn zu überhören. Was dabei fraglich ist: Bleibt ihm ausreichend Zeit, um seinem Job als Brexit-Beauftragter der Landesregierung nachzukommen? Jetzt, wo sich Großbritannien und die verbleibenden 27 EU-Staaten auf ein Abkommen verständigt haben, da wäre seine Präsenz für Nordrhein-Westfalen im Vereinigten Königreich doch wichtiger denn je.

Allerdings: Welche Präsenz? Wie das Magazin Westpol herausgefunden hat, hat das Land Nordrhein-Westfalen gar keine Repräsentanz auf der Insel. Dabei hatte die Landesregierung doch vollmundig damit geworben. Kein Büro, keine Adresse, keine Deals? Das ist offenbar für den selbst erklärten Mittelschichts-Millionär Merz nicht attraktiv genug. Dann doch lieber Dreikampf um den CDU-Vorsitz. Warum uns das interessiert? Weil es Nordrhein-Westfalen schadet. Und darüber diskutieren wir im Plenum in einer Aktuellen Stunde.

---

## Festakt zu 100 Jahre Frauenwahlrecht

Eine starke Vertretung durch die Mitglieder der AG Bildung Gelsenkirchen in Düsseldorf. Zum Festakt „100 Jahre Frauenwahlrecht“ der SPD-Landtagsfraktion im Landtag reisten die Gelsenkirchener in den Düsseldorfer Landtag. Ein langer Weg zum Frauenwahlrecht—so und nicht anders lässt sich der Kampf der Frauen in Europa für ihr Recht beschreiben. Aber auch heute müssen Frauen kämpfen, zum Beispiel für gleiche Bezahlung. Wir sind also noch lange nicht am Ziel. Die SPD-Landtagsfraktion kämpft dafür, dass diese Ziele erreicht werden.

*Siehe nächste Seite*



## Abgeordnetenbrief an Laschet - Beim Kohlestrukturwandel das Ruhrgebiet nicht vergessen

Zunächst reduzieren, dann die Kohleverstromung beenden, das sind die Aufgabenfelder der vom Bund eingesetzten Kohle-Kommission. Mithilfe umfassender Folgeabschätzungen sollen in betroffenen Regionen zudem strukturpolitische Begleitmaßnahmen erkannt werden, um eine entsprechende finanzielle Absicherung durch den Bund bereitzustellen.

Was sich nach einem guten Plan anhört, hapert in der Umsetzung:

Bisherige Berichte zielen alleine auf die Braunkohlereviere ab. Die Steinkohle, die noch immer in Kraftwerken verstromt wird und auch verbundwirtschaftlich für andere Industriezweige wichtig ist, bleibt außen vor. Für das Ruhrgebiet äußerst fatal: „Es kann nicht sein, dass Braunkohlereviere gegen von der Steinkohle geprägte Industrieregionen ausgespielt werden. Das Ende der Steinkohleverstromung rückt durch politische Entscheidungen auf Bundesebene näher und bedeutet mit Blick auf den Arbeitsmarkt und die industrielle Wertschöpfung eine Verschärfung der Problemlage im Ruhrgebiet“, so der Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier.

Um den Entwicklungen angemessen entgegenzutreten zu können, fordern der Sprecher der SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet Michael Groß und die Koordinatoren der SPD-Landtagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet Lisa Kapteinat und Sebastian Watermeier Ministerpräsident Armin Laschet in einem gemeinsamen Schreiben dazu auf, das Ruhrgebiet endlich als eine vom Kohleausstieg betroffene Region zu verstehen und sich für eine Beteiligung des größten deutschen Ballungsraums an den Mitteln aus dem Fonds für Strukturwandel einzusetzen. Bisher hat die Landesregierung jede Initiative dazu vermissen lassen.

Mangelndes Engagement der Regierung Laschet sieht auch der Gelsenkirchener Bundestagsabgeordnete Markus Töns (SPD), der für den SPD-Parteivorstand die Arbeit der Kohlekommission kritisch begleitet: „In den Beratungen um den Bundeshaushalt haben bisher nur von den ostdeutschen Bundesländern angemeldete Maßnahmen zum Kohlestrukturwandel Berücksichtigung gefunden. Das liegt nicht an einer regionalen Bevorzugung, sondern am Mangel vorgetragener Initiativen aus Nordrhein-Westfalen. Die schwarz-gelbe Landesregierung schaut zu, wie die ostdeutschen Braunkohlereviere Ansprüche anmelden, ohne selbst Konzepte vorweisen zu können.“

[Brief an Laschet](#)

---

## 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland -

### Viel erreicht und noch viel vor!

Das Motto des ersten Internationalen Frauentages 1911 lautete „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“. Dank des Einsatzes starker sozialdemokratischer Frauen trat am 30. November 1918 das Reichswahlgesetz mit dem Frauenwahlrecht in Kraft. In Artikel 109 Absatz 2 der Weimarer Verfassung wurde festgelegt: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten.“ Wie die Sozialdemokratin Marie Juchacz in ihrer Rede als erste Frau in der Weimarer Nationalversammlung betonte, wurde den Frauen endlich das zugestanden, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten wurde, ein bahnbrechender Schritt.

Jetzt, 100 Jahre später, könnte die Bilanz allerdings deutlich besser ausfallen: In nordrhein-westfälischen Kreis-, Gemeinderäten sowie Bezirksvertretungen stellen Frauen knapp 30 Prozent der Mandate, in kommunalen Spitzenfunktionen sind Frauen noch weniger vertreten. Es muss nachgebessert werden. Gleichberechtigung darf nicht nur rechtlich, sondern muss auch gesellschaftlich umgesetzt werden. Mit einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN bekräftigen wir am Freitag im Plenum, dass die Errungenschaften der Gleichstellung der Geschlechter als demokratische Grundprinzipien nicht verhandelbar sind. Unter anderem fordern wir die Landesregierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und gleichstellungspolitische Ziele für Frauen und Männer zu fördern

[Drucksache 17/4291](#)

---

## Arbeitsbedingungen an Hochschulen in NRW - die Landesregierung will die Uhren zurückdrehen

Vor vier Jahren hat die SPD-Landeregierung das Hochschulzukunftsgesetz beschlossen. Paragraph 34a des Gesetzes regelte die Qualität der Arbeitsbedingungen und wurde vom Wissenschaftsrat ausdrücklich begrüßt. In einem Rahmenvertrag für gute Beschäftigungsverhältnisse wurde eine Evaluierung verabredet, die vier Jahre nach dessen Unterzeichnung durch eine sogenannte Ständige Kommission erfolgen sollte. Die CDU-Landesregierung will nun mit ihrem Gesetzentwurf die Uhren zurückdrehen: Sie hält den Paragraphen 34a für entbehrlich und will ihn abschaffen - ohne diese vereinbarte Evaluierung abzuwarten.

Das muss diskutiert werden! Durch eine Große Anfrage gehen wir dem Vorhaben der Mitte-Rechts Koalition nach.

[Drucksache 17/3349](#)

## Wahlkreisarbeit

### Gauß-Gymnasium und Berufskolleg sind Europaschulen



Einen freudigen Anlass gab es letzte Woche im Landtag: Das Carl-Friedrich-Gauß-Gymnasium und das Berufskolleg Königstraße aus Gelsenkirchen wurden als Europaschulen ausgezeichnet. Der Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier hat bereits an mehreren Europaveranstaltungen der beiden Schulen teilgenommen und zeigt sich begeistert vom Engagement der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer. Ein ganz wichtiges Zeichen in europakritischen Zeichen. Wir finden: Die Auszeichnung ist mehr als verdient!

### Straßenbaubeiträge abschaffen - Schwarz-Gelber Spaltungspolitik den Riegel verschieben!

Den Kommunen freistellen, ob sie Straßenbaubeiträge von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erheben möchten, so lauten die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung in Düsseldorf. „Nicht selten haben Anwohnerinnen und Anwohner aufgrund der Gebührenbescheide existentielle Sorgen“, weiß der SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier aus dem Gelsenkirchener Süden.

„Diese Pläne sind aber keine guten Nachrichten für die Bürgerinnen und Bürger, weil sie in weiten Teilen des Landes nicht zur Gebührenfreiheit führen werden. Den Kommunen freizustellen, ob sie Beiträge erheben möchten, löst das Problem in keiner Weise“, so Watermeier weiter. Es stehe zu befürchten, dass die Lebensverhältnisse in NRW von Kommune zu Kommune noch ungleicher werden. „Die schwarz-gelben Pläne führen absehbar dazu, dass ohnehin reiche Städte ihre Wohnstraßen ausbauen und sanieren. Finanzschwache Städte, wie die im Ruhrgebiet, werden nicht bauen können oder aber die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bitten müssen. Das ist äußerst ungerecht und unsozial“, fügt die SPD-Abgeordnete Heike Gebhard aus dem Gelsenkirchener Norden hinzu. „Die Wahlfreiheit der Städte wäre eine Illusion, da im Zweifel die Kommunalaufsicht des Landes angesichts der jeweiligen kommunalen Haushaltslage die Erhebung der Beiträge verlangen würde.“

Beide Abgeordnete sind sich einig: „Der schwarz-gelben Spaltungspolitik muss der Riegel vorgeschoben werden! Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine vollumfängliche Beitragsübernahme durch das Land Nordrhein-Westfalen. Nur so können Anwohnerinnen und Anwohner sinnvoll und effektiv entlastet und gleichzeitig eine Mehrbelastung der Kommunen vermieden werden.“

### Heike Gebhard gratuliert dem Sozialverband VdK zum 70. Geburtstag

Als „Verband der Kriegsversehrten“ ursprünglich Kriegsversehrte im Blick, unterstützt der VdK seit nunmehr 70 Jahren unter anderem auch Arbeitssuchende, Unfallpfer, Pflegebedürftige, Rentnerinnen und Rentner und Behinderte.

Anlässlich dieses Jubiläums unterstreicht die Vorsitzende des Landtagsausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heike Gebhard die Bedeutung des Verbandes auch in Zukunft: „Gerade als Sozialpolitikerin weiß ich, wie wichtig die Arbeit des VdK ist. Die alltägliche Hilfe für Bedürftige auf der einen Seite, aber auch der Rat für Politik auf der anderen Seite, spielen von den Ortsvereinen in meinem Wahlkreis bis zur landespolitischen Ebene eine große Rolle. Die steigenden Mitgliederzahlen der letzten Jahre dokumentieren das anhaltende Bedürfnis nach solidarischer Unterstützung.“



Foto: VdK NRW

## Kompakt-Info "Diesel-Fahrverbote"



# STOPPT DEN DIESEL-WAHSINN! KOSTENLOS NACHRÜSTEN STATT FAHRVERBOTE

**Wir wollen den Diesel-Wahnsinn stoppen!**

**Wir haben genug von den Trickereien der Autohersteller.**

Die Autohersteller haben saubere Autos und sauberes Fahren versprochen. Geliefert haben sie Fahrzeuge, die bis zu 500-Prozent mehr Stickoxide ausstoßen. Die Luft in unseren Städten wird dadurch immer schmutziger. Die Abgase sind gesundheits- und umweltschädigend. Nach Studien des Bundesumweltamtes lassen sich darauf erhebliche Gesundheitsrisiken zurückführen.

**Die einzig konsequente Antwort lautet: Nachrüsten, jetzt!**

Um die Fahrverbote noch zu verhindern, brauchen wir jetzt dringend Hardware-Nachrüstungen für die betroffenen Fahrzeuge. Darauf haben sich mittelständische Unternehmen in Nordrhein-Westfalen spezialisiert. Die Zeche dafür dürfen aber nicht die Bürgerinnen und Bürger zahlen, sondern einzig und allein die Autohersteller.

**Wir fordern, dass die Autohersteller die Hardware-Nachrüstungen umsetzen und die Kosten hierfür tragen. Wir wollen, dass alle Fahrerinnen und Fahrer ihre Diesel-PKWs weiter uneingeschränkt nutzen können.**

Außerdem fordern wir, dass die Landesregierung die Kommunen beim Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) unterstützt. Dazu gehört auch die technische Umrüstung von kommunalen Fahrzeugen. Und wir brauchen ein Jahresticket für den ÖPNV: Ein Jahr fahren – 365 Euro zahlen. Pro Tag 1,- Euro!

SPD-Fraktion im Landtag NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf  
0211-884 4777 | [spd-fraktion@landtag.nrw.de](mailto:spd-fraktion@landtag.nrw.de) | [www.spd-fraktion.nrw](http://www.spd-fraktion.nrw)

Heike  
Gebhard



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf



Sebastian  
Watermeier